

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/4315 –**

Technologieagenda Neue Energien – Rolle der Wissenschaft in der Bundesregierung stärken

A. Problem

Die CDU/CSU-Fraktion stellt fest, dass eine große Energietransformation für das Erreichen der Ziele des Klimaschutzgesetzes zur Klimaneutralität bis 2045 unerlässlich sei. Auch fordere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bereits heute eine weitere Transformation. Die aktuell beschlossenen und diskutierten Maßnahmen der Bundesregierung zeigten eine Kurzatmigkeit des Krisenmanagements und das Fehlen einer technologischen Strategie. Deutschland brauche eine zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen und bezahlbaren Energiepreisen. Dies sei elementar für eine funktionierende Wirtschaft und die soziale Ausgewogenheit in Deutschland und Europa.

B. Lösung

Zur Lösung der aktuellen Krise müssen die Wissenschaft und die Forschung herangezogen werden. Gerade die Wissenschaftsgemeinschaft habe viele Lösungsansätze und erfolgsversprechende Forschungsansätze zu bieten. Nur durch die Expertise der Wissenschaft könnten bei den aktuellen Entscheidungsfindungsprozessen zur Bewältigung der Energiekrise insbesondere technische Lösungsoptionen systematisch auf ihre Anwendbarkeit geprüft und genutzt werden. Das Bundesforschungsministerium müsse kurzfristig einen professionell geführten Prozess aufsetzen, der eine unabhängige wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung in Energiefragen sicherstellt, vielversprechende Forschungsprojekte erkennt und diese durch Schnellläuferprogramme einer zügigen Skalierung zuführen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4315 abzulehnen.

Berlin, den 19. April 2023

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring
Vorsitzender

Ye-One Rhie
Berichterstatterin

Thomas Jarzombek
Berichterstatter

Dr. Anna Christmann
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Dr. Michael Kaufmann
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ye-One Rhie, Thomas Jarzombek, Dr. Anna Christmann, Dr. Stephan Seiter, Dr. Michael Kaufmann und Dr. Petra Sitte

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/4315** in seiner 67. Sitzung am 11. November 2022 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Das Erreichen der Ziele des Klimaschutzgesetzes zur Klimaneutralität bis 2045 und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellen für Deutschland die Herausforderung einer doppelten Energietransformation. Dabei sei eine zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen bezahlbaren Energiepreisen elementar für eine funktionierende Wirtschaft und die soziale Ausgewogenheit in Deutschland und Europa. Den von der Bundesregierung aktuell beschlossenen und diskutierten Maßnahmen fehle eine technologische Strategie. Diese könne insbesondere durch die Einbindung von Wissenschaft und Forschung erarbeitet werden, da die Wissenschaftsgemeinschaft viele Lösungsansätze zu bieten habe und intensiv an einer erfolgsversprechenden Energietransformation forsche. Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen hätten wissenschaftliche Erkenntnisse, um den Lösungsraum der Bundesregierung in der aktuellen Energiekrise zu vergrößern. Ohne eine wissenschaftsgeleitete Technologieagenda für die Energietransformation bleibe das Krisenmanagement der Bundesregierung lückenhaft. Insbesondere die bereits beschlossenen Investitionen, etwa in Rahmen der nationalen Wasserstoffstrategie, sollten zügig in die Tat umgesetzt werden, um der deutschen Wirtschaft den erforderlichen Rückenwind zu geben, damit diese in fünf bzw. zehn Jahren auf technologischen Schlüsselgebieten wieder Weltmarktführerschaft erreichen kann.

Es sei ein zentrales Versäumnis der Koalitionsregierung, eines der leistungsstärksten Wissenschaftssysteme der Welt als Booster gegen die aktuelle Energiekrise nicht zu nutzen. Die Bundesregierung müsse daher dringend für eine Kurskorrektur sorgen und mit Technologieoffenheit und Innovationslust eine treibende Kraft zum dringend benötigten erweiterungspolitischen Handlungsspielraum werden. In die aktuellen Entscheidungsfindungsprozesse zur Bewältigung der Energiekrise müsse die Expertise der Wissenschaft eingebunden werden. Vor allem müssten bestehende technische Lösungsoptionen systematisch auf ihre Anwendbarkeit geprüft und genutzt werden. Eine unabhängige wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung in Energiefragen müsse sichergestellt, vielversprechende Forschungsprojekte mit hoher Anwendungsnähe müssten aufgespürt und diese durch Schnellläuferprogramme einer zügigen Skalierung zugeführt werden.

Der Bundestag soll die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auffordern,

1. eine „Technologieagenda Neue Energien“ zu erstellen;
2. dazu kurzfristig unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eine unabhängige, ergebnisoffene wissenschaftliche Analyse zu einer sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen Energieversorgung in Deutschland für die Jahre 2023, 2024 und 2025 in Auftrag zu geben, deren Ergebnisse im ersten Quartal 2023 vorzulegen sind und auf deren Basis die politischen Schlussfolgerungen der Bundesregierung in Form einer forschungs- und innovationsgeleiteten Agenda der Öffentlichkeit vorzustellen;
3. unter gemeinsamer Federführung des BMBF und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) Schnellläuferinitiativen zur zeitnahen Markteinführung „from lab to fab“ reifer Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Energieforschung an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen aufzusetzen. Dabei soll der Fokus auf die Umsetzung mit kleinen und mittleren Unternehmen sowie Start-ups gelegt werden, die sowohl kurzfristig als auch langfristig Beiträge leisten können;

4. darüber hinaus einen strategischen Prozess mit einer ideologiefreien, evidenzbasierten Bestandsanalyse aufzusetzen, welche technologischen Ziele in fünf, zehn und 15 Jahren auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 erreicht werden sollen und dies mit Maßnahmen zu unterlegen. Dabei gilt es, die bezahlbare und sichere Versorgung mit Energie und die notwendigen Technologien zum Erreichen der Klimaziele gemeinsam zu denken und zu gestalten;
5. im Rahmen der missionsorientierten Forschung eine neue, prioritäre Mission „Neue Energien“ zu beschließen und hier die Anstrengungen zu erhöhen. Im Rahmen der von der Bundesregierung in Aussicht gestellten „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ soll ein entsprechender Schwerpunkt „Neue Energien“ gesetzt werden;
6. Forschung und Entwicklung zu vielversprechenden Technologien zu beschleunigen und aus der Grundlagenforschung auf die nächste Ebene zu heben, insbesondere von Speichertechnologien, Leitungssystemen (inkl. neuer Hochspannungs-Gleichstromsysteme einerseits, dezentraler „Energiewaben“ andererseits) für erneuerbare Energien oder neuer Ansätze der Kernfusion (Trägheitsfusion). Hierzu sind auch passende rechtliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Fusionsenergie zu prüfen;
7. bei der Entwicklung vielversprechender Technologien nicht nur auf Eigenentwicklung zu setzen, sondern gezielt den Staat als Ankerkunden mit Wettbewerbsverfahren zu positionieren, wie dies erfolgreich bei Launchern und Quantencomputing vollzogen wurde;
8. bei öffentlichen Aufträgen im Rahmen der „Technologieagenda Neue Energien“ dafür zu sorgen, dass Bedingungen so gestaltet sind, dass insbesondere Start-ups und KMU zum Zuge kommen;
9. die Energieforschung des Bundes zu bündeln, dafür eine fruchtbare Zusammenarbeit von akademischer Forschung und Ressortforschung zu fordern und zu fördern, und darüber regelmäßig zu berichten;
10. die technologische Basis für diversifizierte internationale Energiepartnerschaften zu identifizieren und durch konkrete Technologievorhaben zu unterstützen, etwa mittels Technologien für Solarparks in sonnenreichen Regionen und Umwandlung des Stroms in Ammoniak, Methanol oder eFuels sowie auch die Technologie für entsprechende Infrastrukturen zum Transport nach Deutschland (primär Schiffe) wie auch innerhalb Deutschlands (primär Pipelines). Erforderlich ist auch eine technologische Basis für Finanzierungen über die EU-Initiative „global gateway“. Die Bundesregierung wird aufgefordert, hierzu in der Europäischen Union entsprechend tätig zu werden;
11. bei etwaigen Entlastungspaketen, etwa dem am 3. September 2022 angekündigten 65 Milliarden Euro schweren Entlastungspaket III dem am 29. September 2022 angekündigten sog. „Abwehrschirm“ der Bundesregierung in Höhe von 200 Milliarden Euro, einen substantiellen Beitrag für Investitionen in die Erforschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien vorzusehen;
12. die Forschungs- und Innovationsförderung im Bereich der Energieforschung technologieoffen und gründerfreundlich auszubauen sowie frühzeitige Möglichkeiten zur Bereitstellung von Wagniskapital zu eröffnen. Hierbei sollten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Skalierung etwaiger Technologien von Beginn an eingebunden werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/4315 in seiner 41. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/4315 in seiner 34. Sitzung am 26. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/4315 in seiner 36. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 20/4315 in seiner 60. Sitzung am 19. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Anhörung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat in seiner 34. Sitzung am 18. Januar 2023 eine öffentliche Anhörung zu dem Antrag auf Drucksache 20/4315 durchgeführt. An dieser Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Prof. Dr. Hans-Martin Henning
Direktor Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme

Markus Jerger
Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung Der Mittelstand BVMW e. V. – Bundesverband

Prof. Dr. Claudia Kemfert
Abteilungsleiterin Energie, Verkehr, Umwelt Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Holger Lösch
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

Prof. Dr.-Ing. Aaron Praktiknjo
Leiter des Lehrstuhls für Energiesystemökonomie, RWTH Aachen University, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften – E.On Energy Research Center

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Otmar D. Wiestler
Präsident Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V.

2. Ausschussberatung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag auf Drucksache 20/4315 in seiner 30. Sitzung am 30. November 2022 erstmalig beraten und die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. Nach der Durchführung der Anhörung am 18. Januar 2023 hat der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/4315 in seiner 43. Sitzung am 19. April 2023 abgeschlossen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Die **CDU/CSU-Fraktion** erinnert an die Bedeutung der Forschung vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise. Die Bundesregierung berücksichtige nicht ausreichend den besonderen Beitrag der Wissenschaft für die

Entstehung von Technologien und Innovationen. Die Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger sei vielmehr ihrer Aufgabe als Forschungsministerin bisher nicht gerecht geworden. Durch diese Krise führe sie weder mit eindeutiger Haltung, noch mit systematischer Herangehensweise. Dabei könne das Bundesministerium die Forschungslandschaft gezielt unterstützen, anstatt weiterhin nur einzelne kleine Projekte zu betreiben, was unter den momentanen Bedingungen unverhältnismäßig sei.

Ein Teil des 20 Milliarden Euro schweren Budgets hätte mittlerweile etwa gut bei der Umsetzung bisheriger Forschungsergebnisse untergebracht werden können. Das Helmholtz-Zentrum Berlin sowie das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg hätten beispielsweise bereits hocheffiziente Solarzellen entwickelt; nur sei es noch nicht gelungen, diese erfolgreich auf den Markt zu bringen, sodass weiterhin vorrangig veraltete Modelle eingesetzt würden. Das aktuelle Versorgungsproblem erfordere aber, dass man diese vorhandenen Technologien systematisch identifiziert und zum Einsatz bringt.

Die Kritik an der Abschaltung der drei Atomkraftwerke an diesem Wochenende sei auch aus der FDP gekommen. Momentan gebe es noch keine klimaschonende Infrastruktur, die den Energiebedarf decken könne. Aufgrund der Abschaltung werde Kohlekraft in Anspruch genommen und das könne nicht im Sinne eines vernünftigen Klimaschutzes sein.

Die Forderungen des Antrags nach einer Technologieagenda für die neuen Energien seien zwar durchaus nicht neu, hätten aber auch nicht an Aktualität eingebüßt. Die CDU/CSU-Fraktion fordere von der Bundesregierung - vor dem Hintergrund ihrer Verantwortung für Wissenschaft und Forschung – endlich eine umfassende Antwort auf die schwierige Situation der Energieversorgung zu geben.

Die **SPD-Fraktion** kündigt an, diesen Antrag abzulehnen. Hilfreiche Vorschläge seien darin nicht enthalten. Die CDU/CSU-Fraktion beweise vielmehr, dass sie sich verspätet an der Klimakrisenbekämpfung beteilige und die vorhandenen Strategien und Pläne verkenne.

Selbstverständlich sei der Ausbau erneuerbarer Energien ein Hauptanliegen der Regierungskoalition. Verschiedene Förderinitiativen und Forschungsstrategien seien auf den Weg gebracht worden und es gelte, diesen nun zügig zur Anwendung zu verhelfen. Dies gebiete die Effizienz, während es im Gegenteil nicht erforderlich sei, weitere Strategien und Agenden zu entwickeln.

Einen Beitrag könne die CDU/CSU in dieser schwierigen Lage leisten, indem sie sich von der Atomkraft löst und es zukünftig unterlässt, den Ausbau der Windräder in den Ländern durch zusätzliche Abstandshürden aufzuhalten.

Die **AfD-Fraktion** begrüßt das Anliegen des Antrags, eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten. Eine solide Technologieagenda gehe aus den Vorschlägen der CDU/CSU-Fraktion hingegen nicht hervor, sodass der Antrag abzulehnen sei. Das liege vor allem an folgenden Prämissen, von denen der Antrag fälschlicherweise ausgehe:

Erstens erachte der Antrag unrichtigerweise als gegeben, dass die Bundesrepublik Deutschland bis 2045 klimaneutral werden solle. Mit dieser Zielsetzung sei nur unzureichend gegen andere Aspekte abgewogen worden – seien es nun wirtschaftliche Interessen oder Umweltbelange.

Zweitens lasse der Antrag die erforderliche Technologieoffenheit vermissen. Stattdessen werde sich auf nur wenige Energiequellen beschränkt und die Kernfusion bliebe unerwähnt. Mit Wind- und Sonnenkraft könne keine Grundversorgung gewährleistet werden. Vielmehr steigere diese Fokussierung die Abhängigkeit von Autokratien und anderen unzuverlässigen Partnern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont, wie entschlossen und zügig die Bundesregierung die Energieversorgung in diesem Winter abgesichert habe. Dies nehme dem Antrag seine Aktualität, auch wenn sich an manche seiner Aspekte anknüpfen ließe. Die Fusions- und Photovoltaikforschung müsse beispielsweise vorangetrieben werden. Dies bestätige auch der jüngste Fortschritt an der Universität Stuttgart zur Effizienzsteigerungen bei der Solarkraft.

Insgesamt sei dem Antrag entgegenzusetzen, dass zahlreiche wichtige Technologien bereits einsetzbar seien. Mit diesen müsse nun vorrangig die erstrebte Energiewende vollzogen werden. Dies tue die Bundesregierung etwa in der aktuellen Wärmewende. Die Wissenschaft und ihre Innovationen werden dabei in keiner Weise an Bedeutung verlieren. Im Gegenteil hätte die große Koalition in den letzten Jahrzehnten mehr in die Forschung zur Klimakrisenbewältigung investieren müssen. Die Notwendigkeit eines Umstiegs von den herkömmlichen Energiequellen

auf die Erneuerbaren sei seit Jahrzehnten bekannt gewesen. Dies betreffe auch die Abschaltung der Atomkraftwerke, an der die CDU/CSU mitgewirkt habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisiert, dass die CDU/CSU-Fraktion durchaus einige wirtschaftliche Problemstellungen der Energiekrise benenne, für deren Lösung aber nur unzureichende oder gar keine Ansätze vorsehe. So werfe der Antrag zwar Fragen zur Ressourcenverteilung auf, jedoch beinhalte er keine Vorstellungen, in welchen Versorgungsstrukturen diese organisiert werden könnten. Überhaupt nicht thematisiert werde der Umstand, dass Konzerne und Aktiengesellschaften in der Tendenz mehr den Aktionären als dem Gemeinwohl dienen.

Wenn die CDU/CSU-Fraktion in ihrem Antrag den Vorwurf erhebe, die Wissenschaftsgemeinde sei zu wenig in die Problemlösung eingebunden, dann verkenne sie, dass viele wissenschaftliche Erkenntnisse zu den konkreten Technologien bereits vorliegen. Vielmehr präge ein Umsetzungsproblem die aktuelle Lage.

Zu begrüßen sei grundsätzlich das große Konjunkturpaket gewesen, das die CDU/CSU-Fraktion zu Hochzeiten der Pandemie mit auferlegt habe und welches auch ohne Corona notwendig gewesen sei. In ihrem jetzigen Antrag verwehre sich die CDU/CSU aber, dieses Paket über die bestehenden Haushaltsmittel zu bedienen. Damit sei diesbezüglich keine weitere Unterstützung von der Union zu erwarten.

Die Forderung des Antrags nach Ideologiefreiheit bei der Krisenbewältigung könne wiederum – vor dem Hintergrund von Markus Söders jüngsten Aussagen zur Atomkraft – nicht ernst genommen werden.

Insgesamt begrüße die Fraktion DIE LINKE., wenn mehr und verlässlich in die Bildung investiert werden würde. Sie lehne den Antrag aufgrund seiner falschen Zielrichtungen ab.

Die **FDP-Fraktion** gibt zu bedenken, dass der Antrag zwar relevante Aspekte benenne, diese aber größtenteils bereits in der Politik der Bundesregierung Berücksichtigung finden. Auch greife der Antrag an einigen Stellen zu kurz.

Mit der aktuellen Zukunftsstrategie habe sich die Bundesregierung bereits auf den Weg gemacht, nachhaltige Mobilität und ressourcenbewusstes Wirtschaften im Allgemeinen zu fördern. Das sei eine Vorgehensweise, die durchaus vom Bundesverband der Deutschen Industrie befürwortet werde. Der Missionsdienst, der dafür zuständig sei, diese Großmission auf Submissionen herunter zu brechen, werde selbstverständlich genügend Expertise aus der Wissenschaft einfließen lassen. Es sei darauf hinzuweisen, dass die letztendliche Entscheidung bei der Politik verbleibe. Andernfalls laufe sie Gefahr, sich ihrer Verantwortung zu entziehen.

Vermissten lasse der Antrag einen Schwerpunkt auf die Technologieoffenheit, da er sich auf bestimmte Ankerkunden fokussiere und damit dem Verdacht ausgesetzt sei, eine selektive Industriepolitik zu fördern. Dieses Konzept sei fragwürdig, solange sich die geeignetsten Technologien noch nicht herausgestellt haben. Es bestehe das Risiko, erneut in die Abhängigkeit einzelner Anbieter zu geraten und dem müsse durch die Entwicklung unterschiedlicher Technologien und Handelsbeziehungen entgegengewirkt werden.

Das **Bundesministerium für Bildung und Forschung** befürwortet den Antrag in der Hinsicht, dass die Energieforschung eine herausragende Rolle in der Mission einnehme, die Energiekrise zu bewältigen und Klimaneutralität zu erreichen. An diesen Vorhaben arbeite die Bundesregierung seit Beginn der Legislaturperiode und sie müsse mit den vielen Problemen zurechtkommen, die sich in den letzten Jahren diesbezüglich angestaut hätten. Ohne die intensive Zusammenarbeit mit der Energieforschung hätte die Versorgungssicherheit für diesen Winter nicht gewährleistet werden können.

Persönlich eingesetzt habe sich die Ministerin in den letzten Wochen für die Fusionsforschung sowie für die Erkenntnisse zum klimaneutralen Wasserstoff. Für Letzteres sei sie erst vor wenigen Tagen mit einer Delegation in Südafrika und Namibia gewesen, um dort entsprechende Schwerpunkte zu setzen.

Als Rahmen für die Forschungsförderung und Innovationspolitik im Energiebereich diene das Energieforschungsprogramm der Bundesregierung. Es decke den gesamten Innovationszyklus von der Grundlagenforschung bis zu den konkreten Reallaboren der Energiewende ab und werde von der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation unterstützt. Die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation ermögliche zudem, dass die Forschungsergebnisse zügiger und gezielter in die Anwendung kämen. Hierbei seien vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen und Startups einbezogen, die – wie im Antrag richtig hervorgehoben – eine zentrale Rolle bei der Energiewende einnehmen.

Die politische Kraft müsse darauf gerichtet werden, diese bestehenden Strategien möglichst schnell und mit den richtigen Partnern umzusetzen. Das Rahmenprogramm dafür existiere bereits, sodass parallele Strukturen hierfür nicht nötig seien.

Berlin, den 19. April 2023

Ye-One Rhie
Berichterstatterin

Thomas Jarzombek
Berichterstatter

Dr. Anna Christmann
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Dr. Michael Kaufmann
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

